

Links von der SPD

Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Worms

Die Herausbildung einer politischen Linken neben der traditionellen Sozialdemokratie vollzog sich in Deutschland bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Infolge der innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Lehren aus der russischen Revolution von 1905 lösten sich zwischen 1908 und 1910 Kreise um Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin vom marxistischen Zentrum in der SPD und bildeten eine eigene ideologische Richtung in der Vorkriegssozialdemokratie. Allerdings waren Vertreter aus Rheinhessen an der Herausbildung dieser linken Parteiströmung nicht beteiligt, und dies obwohl sich die SPD bei den Reichstagswahlen 1912 im Wahlkreis Mainz der Zweidrittelmehrheit näherte. So war auch in Worms die Spaltung der Arbeiterbewegung erst eine Folge des Ersten Weltkriegs. Dieser zwang nämlich die sozialdemokratische Partei zur Entscheidung, ob sie für die Dauer des Krieges einen „Burgfrieden“ mit den herrschenden Klassen schließen oder in Hinblick auf eine kommende Revolution den Kriegsführenden die Unterstützung verweigern sollte. Die Mehrheit der SPD entschied sich für eine „Verteidigung des Vaterlandes“ und damit für den Burgfrieden. Entsprechend votierte am 4. August 1914 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig für die Kriegskredite.¹

Noch am gleichen Tag trafen sich in der Wohnung Rosa Luxemburgs in Berlin aber auch führende Vertreter der Parteilinken, um über ihr weiteres Verhalten zu beraten. Aus dieser Sitzung heraus formierte sich schrittweise, vor allem nach der erstmaligen Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914, die linke Opposition gegen den Krieg, der sich jedoch nicht alle Angehörigen der bisherigen Parteilinken anschlossen. Jedoch führten nicht diese nur marginalen Aktivitäten der linken Parteiopposition zum Bruch innerhalb der SPD, sondern der Ausschluss der 18 Abgeordneten aus der Reichstagsfraktion der SPD, die am 24. März 1916 gegen weitere Kriegskredite gestimmt hatten. Die Ausgeschlossenen formierten sich daraufhin in der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG). Der Parteiopposition schlossen sich an Ostern 1916 auf einer illegalen Reichskonferenz in Jena auch Teile der sozialistischen Arbeiterjugend an. Am 7.

¹ Vgl. Weber, Hermann: Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Darmstadt 1983, S. 31

Januar 1917 wurden die Vertrauensleute aller oppositionellen Richtungen in der SPD zu einer Reichskonferenz nach Berlin eingeladen. Obwohl die Konferenz ein Verbleiben in der SPD beschloß, nahm deren Parteivorstand die Konferenz zum Anlaß, die Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur Opposition und zur SPD zu erklären. Daraufhin war die Bildung einer neuen Partei unvermeidlich geworden. Diese wurde dann vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha als „Unabhängige Sozialdemokratische Partei“ (USPD) gegründet.²

Jedoch bewirkte die Gründung der USPD noch keine Radikalisierung der Wormser Arbeiterschaft. Dies trifft auch auf die Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates und die Ausrufung der hessischen sozialistischen Republik am Abend des 9. November 1918 im Festhaus der Stadt Worms zu. Entsprechend wurde mit dem Eintreffen der französischen Besatzungstruppen im Dezember 1918 der Arbeiter- und Soldatenrat bereits wieder aufgelöst.³ Ebenso wurde aus Rheinhessen - mangels einer linksradikalen Organisation vor Ort - kein Vertreter zur Reichskonferenz des Spartakusbundes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg entsandt, die am 1. Januar 1919 die „Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)“ (KPD) konstituierte.⁴

Während sich die KPD in ihrer unmittelbaren Gründungsphase gegen eine Beteiligung an Wahlen entschied, stellte sich die USPD bei den Wahlen zum Wormser Stadtrat am 9. November 1919 erstmals den Wählern und erzielte mit 793 Stimmen ein bescheidenes Ergebnis. Die KPD war in Worms erstmals am 6. Juni 1920 anlässlich der Wahlen zum ersten Reichstag der Weimarer Republik auf den Stimmzetteln zu finden und erhielt ganze 90 Stimmen (0,41%). Hingegen votierten für die USPD nun bereits 2 116 Wähler (9,64%), während die SPD 7 078 Stimmen (32,24%) erhielt.⁵ Es bedurfte also erst des Zusammenschlusses der rund 70 000 Mitglieder umfassenden KPD mit den rund 300 000 Mitgliedern der USPD-Linken auf dem VI. Parteitag der KPD vom 4.-7. Dezember 1920 in Berlin zur „Vereinigten Kommunistische Partei Deutschlands“ (VKPD), um in Deutschland

² Vgl. Weber, Hermann: Einleitung, in: Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1993, S. 11 ff.

³ Vgl. die Sitzungsprotokolle des Stadtrates Worms vom November und Dezember 1919, in: Stadtarchiv Worms

⁴ Vgl. die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber, Berlin 1993

⁵ Vgl. die Wormser Zeitung vom 7. Juni 1920

eine kommunistische Massenpartei entstehen zu lassen. In der Folge wurde nun auch in Rheinhessen ein Unterbezirk des Bezirkes Hessen-Frankfurt der VKPD gegründet.⁶

Die KPD in Worms erhielt bei den hessischen Landtagswahlen am 27. November 1921 bereits 1 278 Stimmen, während der Stimmenanteil der USPD auf 223 Stimmen zurückging und die SPD ihren Anteil auf 7 397 Wähler steigern konnte.⁷ Daß sich damit in Worms eine Sonderentwicklung unter der Arbeiterbewegung abzeichnete, verdeutlichten die hessischen Kommunalwahlen am 19. November 1922. Während die KPD in der Provinz Rheinhessen bei den Wahlen zum Provinzialtag nur 4 190 Stimmen (3,1%) und damit auch nur einen der 40 möglichen Sitze erhielt, erreichte sie in der Stadt Worms mit 1 426 Stimmen (6,9%) und drei von 40 möglichen Stadtratsmandaten, die durch Johann Bayer, Jakob Beck und Else Hagelauer besetzt wurden. Die USPD war bei dieser Wahl schon nicht mehr vertreten, nachdem im September 1922 die nach der Abspaltung der Parteilinken verbliebene Restpartei in den Schoß der alten Mutterpartei zurückgekehrt war.⁸

Vom gesamtdeutschen wirtschaftlichen Niedergang während des Ruhrkampfes 1923 war Rheinhessen überdurchschnittlich betroffen, was sich besonders dramatisch auf dem Arbeitsmarkt niederschlug. Gleichzeitig führte die Ablehnung separatistischer Bestrebungen durch die KPD zu einer Zunahme der Konflikte mit der französischen Besatzungsmacht. Dadurch wurde ein Teil des taktischen Vorteils im besetzten Gebiet aufgewogen, den die KPD von der Interalliierten Rheinlandkommission erhalten hatte, indem sie das KPD-Verbot vom Oktober 1923 hier nicht in Kraft setzte. Diesen Vorteil versuchte die KPD dadurch zu optimieren, indem sie im Dezember 1923 alle in der französischen Besatzungszone gelegenen Parteiorganisationen zu einem Parteibeziirk zusammenfasste. Dabei wurde aus dem bisherigen Unterbezirk Rheinhessen und aus den von Frankreich rechtsrheinisch besetzten Gebieten Hessens - ein Streifen von Wiesbaden bis Höchst - ein Unterbezirk Hessen gebildet, der nun gemeinsam mit den Unterbezirken Saar, Nahe und Pfalz zum Bezirk Rhein-Saar

⁶ Vgl. den Bericht der Zentrale an den 2. Parteitag der VKPD vom 22. bis 26. August 1921 in Jena. Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1922

⁷ Vgl. die Wormser Zeitung vom 28. November 1921

⁸ Vgl. Hoffmann, Klaus Dietrich: Die Geschichte der Provinz und des Regierungsbezirkes Rheinhessen 1816-1985, Alzey 1985, S. 147 sowie die Wormser Zeitung vom 20. November 1922

zusammengefasst wurde. Sitz der Bezirksleitung war Ludwigshafen. Leiter war der zur Parteilinken zählende Hans Weber aus Speyer.⁹

Der Bezirk Rhein-Saar schloß sich der linken Opposition gegen die von der Komintern nach dem Parteiverbot eingesetzten Parteiführung an. Auf dem IX. Parteitag (illegal durchgeführt vom 7.-10. April 1924 in Offenbach und Frankfurt) war die linke Opposition deutlich in der Mehrheit, so daß die Parteiführung auf sie überging.¹⁰ Daraufhin begann die Parteilinke entsprechend der Vorgaben des V. Weltkongresses der Komintern mit der „Bolschewisierung“ der KPD. Darunter wurde insbesondere die Übernahme der organisatorischen und taktischen Prinzipien der KP Rußlands und der Theorie des Leninismus verstanden. Für die KPD bedeutete dies die Verwerfung der Ideen ihrer Parteigründerin Rosa Luxemburg und eine völlige Neuorganisation auf der Basis von Betriebszellen.¹¹

Bei den Reichtagswahlen vom 4. Mai 1924 konnte die KPD in Worms ihren Stimmenanteil noch einmal auf nun 1 946 Wähler steigern. Allerdings führte die innerparteiliche Radikalisierung im Laufe des Jahres 1924 - vor dem Hintergrund einer anwachsenden wirtschaftlichen Stabilisierung der Weimarer Republik - zu einer deutlichen Isolierung der Partei. Dies veranschaulichten die vorgezogenen Reichtagswahlen vom 7. Dezember 1924, bei der in Worms nur noch 951 Wähler für die Liste der Kommunisten stimmten.¹² Laut dem Organisationsbericht der Bezirksleitung Rhein-Saar vom 28. November 1924 waren 80% der Mitglieder erwerbslos oder verhielten sich innerbetrieblich passiv. Entsprechend schritt die Bolschewisierung der Partei auf der Ebene der Betriebszellen nur langsam voran: Von 5 700 Beschäftigten der Wormser Lederindustrie waren nur 24 in den drei Betriebszellen der KPD organisiert; im städtischen Gaswerk nur 8 von 120 Mitarbeitern.¹³ Diese Zahlen sind um so bemerkenswerter, wenn man berücksichtigt, daß die Polizeidirektion Worms von mehreren hundert KPD-Mitgliedern in der Stadt ausging. Bestätigt wurde von der Polizei die Passivität

⁹ Vgl. Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik, Darmstadt 1996, S. 88 ff. und Stadtarchiv Worms 13/2291

¹⁰ Vgl. die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1924

¹¹ Vgl. Weber, Hermann: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, Hannover 1961, S. 34 ff.

¹² Vgl. die Ausgaben der Wormser Volkszeitung aus dem Jahr 1924

¹³ Vgl. die Organisatorischen Berichte des Bezirkes Rhein-Saar für das Jahr 1924 an die Zentrale der KPD. Quelle: Ordner KPD 1919-1925 im Antifa-Archiv, Ludwigshafen

der KPD-Mitgliedschaft. Auch betonte sie die zentrale Bedeutung der Anleitung der Wormser Ortsgruppe durch die Bezirksleitung in Ludwigshafen.¹⁴

Den innerparteilichen Niedergang verdeutlicht auch das Wahlergebnis des Parteivorsitzenden Ernst Thälmann bei den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1925. Im ersten Wahlgang am 29. März 1925 erhielt Thälmann in Worms nur 442 Stimmen. Der zweite Wahlgang am 26. April 1925 brachte mit 628 Stimmen einen Zugewinn. Allerdings begünstigte das Festhalten der KPD an der Kandidatur Thälmanns in erster Linie die mit relativer Mehrheit erfolgte Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten. Trotzdem sprach sich Hans Weber in der anschließenden innerparteilichen Auseinandersetzung für den Bezirk Rhein-Saar gegen jede Zusammenarbeit mit der SPD aus.¹⁵ Die 64 Delegierten - sie repräsentierten 44 hessische und pfälzische Ortsgruppen - des 2. Bezirksparteitages der KPD Rhein-Saar, der zur Vorbereitung des X. Parteitages der KPD am 16. und 17. Mai 1925 in Ludwigshafen tagte, schlossen sich den Auffassungen Webers und damit der neuen ultralinken Opposition innerhalb der Partei an.¹⁶

Der X. Parteitag der KPD tagte vom 12.-17. Juli 1925 in Berlin. Er trug wesentlich zur Isolierung des Bezirkes Rhein-Saar innerhalb der KPD bei: So wandte sich Hans Weber in mehreren Redebeiträgen vergeblich gegen eine pauschale Verurteilung der ultralinken Strömung. Daß allerdings im Gegensatz zum kompletten Parteitagsverlauf das Zentralkomitee - unter Einschluß von Weber - einstimmig gewählt wurde, war ein Kompromiß zwischen der linken Parteiführung und der ultralinken Opposition, da beide inzwischen das Vertrauen der Komintern verloren hatten.¹⁷

Entsprechend konferierte im August 1925 in Moskau die Kominternführung mit maßgebenden deutschen Kommunisten über die Lage der KPD. Das Ergebnis der Beratung war ein „Offener Brief“ an die Mitglieder der KPD. Er konstatierte, die Führung habe die KPD u.a. in der Gewerkschaftsfrage in die Isolierung getrieben und die innerparteiliche

¹⁴ Vgl. Stadtarchiv Worms 13/982

¹⁵ Vgl. die Ausgaben der Wormser Volkszeitung aus dem Jahr 1924 sowie Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Band 1, Frankfurt am Main 1969, S. 108 ff.

¹⁶ Vgl. die Berichte über den Bezirksparteitag in den Ausgaben der Ludwigshafener „Arbeiterzeitung“ vom 18. bis 22. Mai 1925

¹⁷ Vgl. den Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Herausgegeben vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1926

Demokratie zerstört.¹⁸ Damit entfernte die Komintern faktisch die wenige Wochen vorher einstimmig vom X. Parteitag gewählte Leitung. Während die Parteilinie mit einer Resolution des ZK dem „Offenen Brief“ zustimmte, traten die Ultralinken sofort gegen ihn auf. Allerdings schlossen sich im Bezirk Rhein-Saar die Vertreter aus Mainz und Worms der neuen Linie des ZK an. So erhielt auf einer Sitzung der Bezirksleitung die Resolution des ZK die gleiche Stimmenzahl wie eine „linke EntschlieÙung“ von Hans Weber. Beendet wurde die innerparteiliche Diskussion über den „Offen Brief“ mit der 1. Parteikonferenz der KPD, die vom 31. Oktober bis zum 1. November 1925 in Berlin tagte. Bei 30 Gegenstimmen bestätigten die Delegierten die im „Offenen Brief“ der Komintern festgelegte neue Parteilinie und damit auch die neue Parteiführung unter Ernst Thälmann.¹⁹

Gleichzeitig mit dem innerparteilichen Zurückdrängen der Ultralinken bemühte sich die neue Parteileitung wieder um eine gemäßigttere Realpolitik der KPD. Dass diese dringend notwendig war, verdeutlicht das Ergebnis der hessischen Kommunalwahlen am 15. November 1925. Gab es bei den Wahlen zum Provinzialtag der Provinz Rheinhessen mit 5 949 Wähler (4,4%) nur geringe Zugewinne, so daß die KPD weiterhin nur mit einem Repräsentanten im Provinzialtag vertreten war, verlor sie mit 918 Wählern in Worms gegenüber 1922 deutlich Stimmen. Entsprechend war sie im Stadtrat von Worms durch Heinrich Habermehl und Else Hagelauer mit nur noch zwei Vertretern und nicht mehr in den Ausschüssen vertreten.²⁰ Während die Parteileitung bei Willy Vogel lag, übernahm Stadtrat Habermehl auch noch die Führung des „Roten Frontkämpferbundes“ (RFB) in Worms. Ab 1926 kam es in Worms zu einer engen Zusammenarbeit zwischen RFB und der Ortsgruppe des „Deutschen Freiwirtschaftsbundes“ (FFF), die von Friedrich Penk geleitet wurde und sich zu den freiwirtschaftlichen Ideen von Silvio Gesell bekannte.²¹

Verbunden mit der Bekämpfung der Ultralinken und der neuen Realpolitik des ZK war die Auflösung des Bezirkes Rhein-Saar der KPD zum 1. März 1926. Entsprechend wurde der Unterbezirk Hessen wieder an den an Bezirk Hessen-Frankfurt angeschlossen. Allerdings geschah dies gegen den ausdrücklichen Willen der bisherigen Unterbezirksleitung, die in der

¹⁸ Der „Offene Brief“ ist abgedruckt bei Weber, Hermann: Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln / Berlin (West) 1973, S. 218 ff.

¹⁹ Vgl. Weber (Anm. 15), S. 126 ff. sowie die Instrukteurberichte über den Bezirk Rhein-Saar vom 21. und 30. September 1925. Quelle: Ordner KPD 1919-1925 im Antifa-Archiv, Ludwigshafen

²⁰ Vgl. Hoffmann (Anm. 8), S. 147 sowie die Ausgaben der Wormser Volkszeitung aus dem Jahr 1925

²¹ Vgl. Stadtarchiv Worms, 13/2296

Bezirksauflösung in erster Linie eine politische Maßregelung der Leitung durch das ZK sah.²² Da aber der VI. Weltkongress der Komintern im Sommer 1928 als neue „Hauptgefahr“ die „rechte Abweichung“ ausgemacht hatte, vollzog auch die KPD wieder eine Linkswende. Sie spiegelte sich in ihrem Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wieder: Der SPD wurden sozialfaschistische Tendenzen nachgesagt und die eigene Parteibasis zum Aufbau einer kommunistischen Gewerkschaftsorganisation aufgefordert. Kampagnenmäßig wurde auch in Worms für den Eintritt in die kommunistischen Massenorganisationen geworben; so z.B. am 18. August 1928 bei einer von Stadtrat Habermehl geleiteten und gegen die SPD gerichteten Protestkundgebung der KPD „Gegen den Panzerkreuzerbau“.²³

Bei den hessischen Kommunalwahlen am 17. November 1929 konnte die KPD gegenüber 1925 bei den Wahlen zum Provinzialtag der Provinz Rheinhessen 1 592 Wähler hinzugewinnen und mit einem Gesamtergebnis von 5,05% auch ein zweites Mandat zuungunsten der SPD erringen. In Worms gewann sie sogar zwei Mandate hinzu: Neben dem Fraktionsvorsitzenden Heinrich Habermehl und Else Hagelauer wurden auch Rudolf Daum und Wilhelm Haas in den Stadtrat gewählt.²⁴ Gleichzeitig steigerten sich die Auseinandersetzungen mit der sich im Aufwind befindlichen NSDAP. Auch wurde im Frühjahr 1930 in Worms von der Polizeidirektion ein Versammlungsverbot für die KPD erlassen, das von Seiten der KPD mit Morddrohungen gegen den Polizeidirektor von Worms, Klapproth, beantwortet wurde.²⁵ Mit der Schaffung der Harzburger Front am 11. Oktober 1931 und dem immer aggressiveren Vorgehen der Nationalsozialisten gegen organisierte Arbeiter rückte die NSDAP in den Mittelpunkt der KPD-Angriffe auf den politischen

²² Vgl. Weber (Anm. 15), S. 156 ff. sowie das Protokoll und die Berichte über den letzten Bezirksparteitag der KPD Rhein-Saar in Frankenthal am 6. und 7. Februar 1926, in: Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv der SED (im weiteren: SAPMO), I 3/24/1

²³ Vgl. hierzu auch die autobiographischen Berichte von Georg K. Glaser: Geheimnis und Gewalt, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 72. sowie den Polizeibericht über die Protestkundgebung am 18. August 1928, in: Stadtarchiv Worms, 13/982. Allgemein zur Linkswende der KPD 1928/29 auch Weber (Anm. 15), S. 223 ff.

²⁴ Vgl. Hoffmann (Anm. 8), S. 147 sowie die Sitzungsprotokolle des Stadtrates Worms vom Januar 1930 bis Januar 1933, in: Stadtarchiv Worms

²⁵ Vgl. Stadtarchiv Worms, 13/743, 13/1049 und 13/1356

Gegner.²⁶ Dies ermöglichte ein gemeinsames antifaschistisches Auftreten von Sozialdemokraten und Kommunisten in Worms und im rheinhessischen Kreis Oppenheim.²⁷

Im Sommer 1932 lieferte sich die Wormser KPD bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen mit der NSDAP und der Polizei. Daraufhin wurden von letzterer im Juli nächtliche „Selbstschutzaktionen“ der KPD in der Judengasse unterbunden. Im September wurde die Parteizentrale der KPD in der Mähgasse 8 durchsucht und dabei Mitglieder des Parteiselbstschutzes verhaftet, denen Einbruchsdelikte - so z.B. zur Beschaffung von Sprengstoff - vorgeworfen wurden.²⁸

Am 22. Januar 1933 marschierte die SA vor dem Sitz des ZK der KPD in Berlin auf. Die Wormser Nationalsozialisten versuchten diesem Vorbild nachzueifern, in dem sie am Wormser Parteibüro der KPD in der Mähgasse vorbeimarschieren wollten. Dies wurde von den Wormser Kommunisten gemeinsam mit den Anwohnern gewaltsam verhindert. Allerdings war die KPD am 30. Januar 1933, ausgehend von einer völlig falschen Analyse der Parteileitung über ihre reale Gefährdung durch die Hitlerbewegung, bei der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wie gelähmt. Zwar wandte sich das ZK mit einem Aufruf zum Generalstreik an die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Dieser blieb jedoch durch das Fehlen der notwendigen Voraussetzungen für eine sofortige gemeinsame Aktion nach der langen heftigen Feindschaft zwischen beiden Parteien folgenlos. Am 31. Januar 1933 versuchten die Wormser Nationalsozialisten erstmals in das „rote“ Nordend einzudringen. In einer brutalen Straßenschlacht konnten die Wormser Kommunisten ein letztes Mal die neuen Machthaber aus dem „Moskauviertel“ vertreiben. Trotzdem stand die deutsche Arbeiterbewegung der Legalisierung des faschistischen Terrors durch die „Notverordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ am 2. Februar 1933 gespalten und kampfunfähig gegenüber. Daraufhin verstärkte die KPD die Umstellung auf die Illegalität, wurde aber von der Polizeiaktion zur Durchsetzung der „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933 überrascht. Letzterer war am 27. Februar 1933 der Reichtagsbrand vorausgegangen, den die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1 500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10 000 im Reich nutzten.

²⁶ Vgl. Weber, Hermann: Einleitung zu „Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933“, S. XL ff.

²⁷ Vgl. Glaser (Anm. 23), S. 116 sowie Gotschlich, Helga: Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin (Ost) 1987, S. 89 ff.

²⁸ Vgl. die Polizeiberichte, in: Stadtarchiv Worms 13/982, 13/1050, 13/1139 und 13/1996 sowie das mündliche Interview von Volker Galle´ mit Georg Robert Götz aus dem Jahr 1994. Eine Mitschrift befindet sich im Privataarchiv des Autors.

Auch das Wormser „Moskauviertel“ wurde von SA und Polizei besetzt, und rund 200 Mitglieder und Sympathisanten der KPD wurden verhaftet.²⁹

Mit dem 28. Februar 1933 war die KPD, die formell nicht verboten wurde, in Deutschland illegal und ihres gesamten Vermögen verlustig. Dennoch konnte sie bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 noch einmal 4 848 000 Millionen Wähler (12,3%) für sich mobilisieren. In der Provinz Rheinhessen erhielt die KPD 29 048 (10,83%) Stimmen. Berücksichtigt man den Terror, dem die Partei vor allem in der letzten Woche des Wahlkampfes ausgesetzt gewesen war, zeigten die KPD-Wähler eine erstaunliche Standfestigkeit. Alle 81 am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten der KPD konnten den Reichstag nicht mehr betreten, denn unter offenem Bruch der Verfassung waren sie bereits festgenommen, verfolgt oder gar schon ermordet worden.³⁰ Mit dem Ermächtigungsgesetz („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“) vom 23. März 1933 und dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 wurde dieser Willkürakt formalisiert. Der Aberkennung der Reichstags- und Landtagsmandate der KPD folgte die Entziehung der Kommunalmandate, da die Stimmenanteile der KPD vom 5. März bei der Neuzusammensetzung der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialparlamente entsprechend dem Reichstagswahlergebnis nicht berücksichtigt wurden.³¹

Der Terror der SA-Formationen wurde erst im Sommer 1933 durch systematische Razzien abgelöst. Diese erfolgten wiederum bis in den Herbst 1933 und hinterließen ein Klima der Wehrlosigkeit unter der Arbeiterbewegung. Massenverhaftungen erfaßten an einigen Orten bis zur Hälfte der gesamten KPD-Mitgliedschaft, fast immer aber die prominenten Funktionäre, die nicht untertauchen konnten. In Worms betraf dies u.a. den Parteivorsitzenden, Vogel, den Vorsitzenden des Kommunistischen Jugendverbandes, Giegerich, den Leiter des Parteiselbstschutzes, Götz, und die Stadträte Haas und Habermehl. Fast generell wurden die in Rheinhessen verhafteten Mitglieder der Arbeiterparteien zunächst nach Mainz oder Worms verschleppt und dann in das KZ Osthofen verbracht, das mindestens noch bis April 1934 bestand. Während Vogel die Flucht aus Osthofen gelang, wurden die

²⁹ Vgl. Bahne, Siegfried: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, herausgegeben von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1984, S. 682 und Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus, München 1989, S. 175 f.. Zu den Ereignissen in Worms: Glaser (Anm. 23), S. 125 ff. sowie das Interview von Volker Galle´ mit Georg Robert Götz aus dem Jahr 1994

³⁰ Vgl. Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1976, S. 287 f.

³¹ In Hessen erfolgte eine entsprechende Verordnung über die Neubildung der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper auf Grund des Reichstagswahlergebnisses am 6. April 1933.

Verbliebenen des zwischenzeitlich bis zu 500 Häftlinge umfassenden KZ Osthofen dann ins KZ Dachau verlegt.³²

Die KPD versuchte sich in der Illegalität neuzuformieren. Aufgrund der zahlreichen Verhaftungen war faktisch ein Neuaufbau der Partei notwendig. Dabei wurden die Wormser Kommunisten zunächst von der Bezirksleitung in Frankfurt angeleitet. Allerdings gelang es der Polizei bereits im September 1933, den gesamten illegalen Apparat der KPD im Bezirk lahmzulegen.³³ Daraufhin standen die Kommunisten in Worms seit Mitte 1934 in laufender Verbindung mit der Bezirksleitung Baden-Pfalz in Mannheim, jedoch existierte im Unterbezirk Worms keine eigentliche Unterbezirksleitung mehr. Dennoch erschienen selbst 1935 in Worms noch alle drei Wochen illegale Kleinzeitungen der KPD, wie der „Scheinwerfer“ oder das „Sprachrohr“.³⁴ Auch die Unterbezirksleitung Worms des Kommunistischen Jugendverbandes wurde von der Bezirksleitung Baden-Pfalz des KJVD angeleitet. Allerdings wurde schon im Februar 1935 die Bezirksleitung des KJVD von der Gestapo aufgerollt und damit auch der Unterbezirk Worms zerschlagen.³⁵ Im April 1936 meldete die Bezirksleitung Nordbaden-Pfalz bei der KPD-Grenzstelle in Straßburg die Verbindungen nach Worms als abgebrochen. Trotzdem ging auch in der Folge das kommunistische Milieu im Nordend und im „Roten Eck“ rund um die Judengasse bis zur Befreiung 1945 mehrheitlich nicht zu den Nationalsozialisten über.³⁶

So überrascht es nicht, daß die KPD bereits unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner im März 1945 in Worms wieder in Erscheinung treten konnte. Zu den bisherigen Parteikadern stießen nun auch die ehemaligen Mitglieder der FFF um Friedrich Penk und eine größere Gruppe enttäuschter Sozialdemokraten um Dr. Ernst Kilb, Friedrich Schmitt und Konrad Lein.³⁷ Entsprechend wurden von den Amerikanern am 7. April 1945 in das erste Selbstverwaltungsgremium nach der Befreiung, den zwölfköpfigen „Antifaschistischen Kampfbund“, mit Hugo Binder, Heinrich Habermehl, Dr. Ernst Kilb, Friedrich Penk,

³² Vgl. Grünwald, Paul: KZ Osthofen, Frankfurt am Main 1979, S. 37 ff. sowie die Häftlingsdokumentation im Archiv der Gedenkstätte Osthofen und das Interview von Volker Galle´ mit Georg Robert Götz aus dem Jahr 1994

³³ Vgl. den Polizeibericht über den „Stand der kommunistischen Bewegung im September 1933 im Bezirk der Staatspolizeistelle Frankfurt a. M., in: Archiv der Gedenkstätte Osthofen, D 312.00.730

³⁴ Vgl. Braun, Günter: Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in der Pfalz, in: Die Pfalz unterm Hakenkreuz, herausgegeben von Gerhard Nestler und Hannes Ziegler, Landau 1993, S. 402 f. sowie SAPMO, I 3/25/49

³⁵ Vgl. den Übersichtsplan des KJVD Baden-Pfalz bei Schadt, Jörg: Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden, Stuttgart / Berlin (West) / Köln / Mainz 1976, S. 321

³⁶ Vgl. SAPMO, I 3/25/49 und das Interview von Volker Galle´ mit Georg Robert Götz aus dem Jahr 1994

³⁷ Mündliche Auskunft von Phillipp Wahl an den Autor am 16. März 1996

Friedrich Schmitt und Ernst Stahl gleich sechs KPD-Vertreter berufen. Zusätzlich wurde Schmitt mit der Verwaltung der Städtischen Betriebe betraut; Habermehl als Leiter des Arbeitsamtes berufen. Am 21. Mai 1945 setzten die Amerikaner Dr. Kilb als „amtierenden Bürgermeister“ der Stadt Worms ein.³⁸ Jedoch mußten die Wormser Kommunisten, die immer zur Parteilinken gezählt hatten, bald feststellen, daß sich mit dem Aufruf des Berliner Zentralkomitees vom 10. Juni 1945 „Schaffendes Volk in Stadt und Land“ eine Abkehr von den revolutionären Traditionen der Partei vollzog. So verzichtete die KPD nicht nur ausdrücklich auf die Einführung des Sowjetsystems in Deutschland und befürwortete statt dessen eine parlamentarisch-demokratische Republik, sondern sie forderte darüber hinaus sogar eine völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative. Um diese neue Linie auch in Worms durchzusetzen, wurden von der bereits im April 1945 reorganisierten Bezirksleitung in Frankfurt am Main mit Wilhelm Lautenschläger als Parteivorsitzender und Josef Pelger als Parteisekretär zwei aus Südhessen stammende Kommunisten als neue Parteileitung in Worms eingesetzt. Dies traf bei den Parteilinken und der Penk-Gruppe auf erheblichen Widerstand.³⁹

Am 1. Juli 1945 wurde der „Freie Gewerkschaftsbund“ für den Stadt- und Landkreis Worms gegründet. Hier stellte die KPD mit Hugo Binder den stellvertretenden Vorsitzenden.⁴⁰ Am 10. Juli 1945 wechselte in Worms die Besatzungsmacht von den Amerikanern zu den Franzosen. Hiervon erhoffte sich die Bezirksleitung in Frankfurt eine weitere Zunahme des Einflusses der KPD beim Wiederaufbau der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen in Rheinhessen. Bezirksleiter Walter Fisch erstattete am 10. August 1945 den Bericht persönlich vor dem Sekretariat der KPD in Ostberlin. Dabei bezeichnete er die KPD als bisher einzige organisierte Partei im Bezirk, deren Einheiten sich nach der Besetzung durch die Amerikaner zunächst als Antifaschistische Ausschüsse "getarnt" hatten. Der Wiederaufbau der Partei leide jedoch sowohl darunter, daß es im Bezirk in den letzten Jahren, "abgesehen von einzelnen Fällen im kleinen Rahmen", keine organisierte Tätigkeit mehr gab, als auch unter "schweren Verlusten an früheren Funktionären". Für den Unterbezirk Worms wurden 10 Ortsgruppen mit 150 Parteimitgliedern angegeben. Generell setze sich die neue

³⁸ Vgl. Ruppert, Willi:und Worms lebt dennoch. Ein Bericht 1945 bis 1955, Worms 1955, S. 31 ff.

³⁹ Der Aufruf vom 11. Juni 1945 ist abgedruckt in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Band 1. Bearbeitet von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch, München / New Providence / London / Paris, S. 227 ff.. Im Untersuchungsgebiet vertriebene Originale befinden sich im Nachlaß Herbert Müller, im Antifa-Archiv, Ludwigshafen, sowie im Privatarchiv des Autors. Zum Widerstand innerhalb der Wormser KPD gegen die neue Parteileitung: Stadtarchiv Worms, Nachlaß Penk 189/39/13

⁴⁰ Vgl. die Privatsammlung von Karl Saulheimer zur Geschichte der Wormser Gewerkschaften

Mitgliedschaft im Bezirk zu 90% aus früheren Parteigängern aus der Zeit vor 1933 zusammen, aber auch aus ehemaligen Sozialdemokraten. Diese hätten in Worms verantwortliche Positionen. Ebenso gäbe es dort bereits eine legale Gewerkschaft unter kommunistischer Kontrolle. Als Schwachpunkte der Mitgliedschaft wurden von den hessischen Kommunisten die ideologische Orientierung auf die Politik der KPD vor 1933 und die geringe Vertretung von Jugendlichen sowie Frauen bezeichnet.⁴¹

In Vertretung des erkrankten Dr. Kilb wurde Friedrich Schmitt am 1. September 1945 zum „amtierenden Bürgermeister“ von Worms ernannt. Am 30. November 1945 wurde ein Gemeinderatskomitee eingesetzt, in dem die KPD durch Wilhelm Lautenschläger, Josef Pelger, Ernst Stahl und Emil Eschenauer vier von insgesamt sechzehn Vertretern stellte.⁴²

Anfang Dezember 1945 wurden die bisher zum Parteibezirk Hessen-Frankfurt gehörigen Unterbezirke der KPD in Rheinhessen durch das ZK in Ostberlin dem Bezirk Pfalz zugeteilt. Dies wurde jedoch von der Bezirksleitung in Frankfurt als nur vorübergehend angesehen, da von der KPD die Trennung Rheinhessens vom Staat Groß-Hessen abgelehnt wurde.⁴³ Kurz darauf gestattete - als letzte der vier Besatzungsmächte - Frankreich mit der Verordnung Nummer 23 vom 13. Dezember 1945, verkündet am 21. Dezember 1945 durch den Oberkommandierenden General Koenig im „Journal Officiel du Commandement en Chef Francais en Allemagne“, die Wiedergründung von Parteien in seiner Besatzungszone.⁴⁴ Die Ausführungsbestimmungen zur Gründung der Parteien vom 12. Januar 1946 legten allerdings deren Konstituierung von oben nach unten fest, so daß zunächst Regionalorganisationen und dann erst Lokalorganisationen zu bilden waren. Hingegen wurden sowohl zonale Zusammenschlüsse als auch der Anschluss an eine gesamtdeutsche Partei untersagt. Auch die Verwendung des "D" in den Parteinamen der KPD bzw. SPD war in der Französischen Besatzungszone offiziell zunächst nicht gestattet.⁴⁵ Daraufhin suchte der pfälzische KPD-Vorsitzende Herbert Müller am 27. Januar 1946 für seinen um Rheinhessen erweiterten

⁴¹ Vgl. den Bericht des Bezirkes Hessen-Frankfurt, in: SAPMO, NL 36/635, sowie Protokoll Nr. 15 der Sitzung des Sekretariats der KPD am 10. August 1945 in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Band 1 (Anm. 39), S. 63

⁴² Vgl. Ruppert (Anm. 38), S. 63

⁴³ Vgl. Das Protokoll der Konferenz der Leitung der Bezirke Nordbayern, Südbayern, Baden, Groß-Hessen, Pfalz, Württemberg und Saargebiet am 5. und 6. Dezember 1945, in: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Band 3. Bearbeitet von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch, München / New Providence / London / Paris 1995, S. 216 ff.

⁴⁴ Die Verordnung Nr. 23 ist abgedruckt bei Weitzel, Kurt: Vom Chaos zur Demokratie, Mainz 1989, S. 16 f.

Parteibezirk die Genehmigung zur Gründung der "Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz" nach.⁴⁶ Tatsächlich erhielt die KP Hessen-Pfalz, als erste Partei vor Ort, mit Erlass Nummer 14 vom 4. Februar 1946 die Genehmigung durch General Bouley als Oberster Beauftragter der Militärregierung Hessen-Pfalz.⁴⁷ Gleichzeitig wurde ein vorläufiger zehnköpfiger Ausschuss der KP Hessen-Pfalz genehmigt, in dem aus Rheinhessen nur der Wormser Wilhelm Lautenschläger vertreten war. Sämtliche Ausschussmitglieder waren bereits vor 1933 als Funktionäre der KPD politisch aktiv und im "Dritten Reich" verfolgt gewesen. Daher wurden gerade sie der Militärregierung als Gründungsmitglieder vorgeschlagen.⁴⁸ Der Ausschuss war autorisiert, ohne vorherige Genehmigung nun Ortsgruppen der KP zu gründen, musste aber über jede Gründung ein „Verzeichnis der leitenden Personen unter Beifügung des Fragebogens“ an die zuständige Verwaltungsbehörde senden.⁴⁹ Entsprechend forderte der Gründungsausschuss, der sich selbst als „Landesleitung Hessen-Pfalz der Kommunistischen Partei“ definierte, am 13. Februar 1946 die Parteimitglieder zur Durchführung von Gründungsversammlungen auf.⁵⁰

Entsprechend führte die bereits seit März 1945 wieder aktive KPD in Worms ihre offizielle Gründungsversammlung am 10. März 1946 als „öffentliche Feier der Kommunistischen Partei, Kreis Worms anlässlich der Wiederzulassung durch die Militärregierung“ durch. Festredner war der Landesvorsitzende der KP Hessen-Pfalz, Herbert Müller.⁵¹ Bereits Ende des Monats eskalierten die Konflikte innerhalb der Wormser KPD jedoch soweit, daß die Parteilinke wegen Zersetzung und Gruppenbildung aus der KPD ausgeschlossen wurde. Betroffen hiervon waren u.a. immerhin der stellvertretende Kreisvorsitzende Hans Giergerich,

⁴⁵ Vgl. Weitzel (Anm. 44), S. 12, sowie das Informationsschreiben des Oberregierungspräsidiums Hessen-Pfalz vom 18. Januar 1945 an Herbert Müller. Quelle: Ordner KPD 1945-1948 im Antifa-Archiv, Ludwigshafen

⁴⁶ Vgl. das Original des Antrags vom 27. Januar, in: Stadtarchiv Ludwigshafen, Nachlaß Herbert Müller, Bestand KPD

⁴⁷ Vgl. das Original in deutscher und französischer Sprache, sowie die Bestätigung durch das Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz vom 11. Februar 1946, in: Stadtarchiv Ludwigshafen, Nachlaß Herbert Müller, Bestand KPD. Klaus Hofmann führt die Lizenzierung der KPD als erste politische Organisation auf eine „Präferenz für linke Parteigruppierungen“ durch die Besatzungsmacht zurück. Vielmehr dürfte sich jedoch der organisatorische Vorsprung der KPD vor den anderen Parteien bei ihrer frühzeitigen Legalisierung ausgewirkt haben. Deren Gründungsschwierigkeiten schildert Hofmann selbst am Beispiel der CDU, in: 50 Jahre CDU Ludwigshafen, Ludwigshafen 1996, S. 17

⁴⁸ Vgl. die Rheinpfalz, Jg. 1, Nr. 64 und mündliche Auskunft Herbert Müller an den Autor vom 20. Oktober 1993

⁴⁹ Vgl. das Schreiben der Militärregierung an die Kreisverwaltung Zweibrücken vom 12. Februar 1946, in Stadtarchiv Ludwigshafen, Nachlaß Herbert Müller, Bestand KPD

⁵⁰ Vgl. das von Herbert Müller unterzeichnete Rundschreiben, in: Stadtarchiv Ludwigshafen, Nachlaß Herbert Müller, Bestand KPD

⁵¹ Vgl. das Ankündigungsplakat und das Programm, in: Stadtarchiv Ludwigshafen, Nachlaß Herbert Müller, Bestand KPD

der Verantwortliche Sekretär für Landarbeit Friedrich Penk, sowie die ehemaligen Stadträte Haas und Habermehl.⁵²

Am 5. August 1946 schrieb die Militärregierung mit den Verordnungen Nr. 50 bis 54 in der Französischen Besatzungszone für den 15. September 1946 Gemeindewahlen aus. In Worms konnten neben CDU, SPD und KPD auch die aus der KPD Ausgeschlossenen als „Freie Liste Penk“ einen Wahlvorschlag einreichen. In der Folge überboten sich KPD und „Freie Liste Penk“ in der Öffentlichkeit mit gegenseitigen Vorwürfen. Entsprechend erreichte die KPD bei der Stadtratswahl am 15. September mit 2 598 (10,3%) Stimmen nur drei Mandate im Stadtrat für Willi Lautenschläger, Else Hagelauer und Friedrich Schmitt. Gleichzeitig zogen mit Friedrich Penk und Wilhelm Haas zwei ausgeschlossene KPD-Mitglieder über die „Freie Liste Penk“ in den Stadtrat ein. Die „Freie Liste Penk“ hatte ihre 2 332 (9,2%) Wählerstimmen insbesondere in den ehemaligen Hochburgen der KPD in der Weimarer Republik - insbesondere im „Moskau-Viertel“ - erhalten. Vom neuen Stadtrat wurde Friedrich Schmitt als Zweiter Bürgermeister bestätigt. In dieser Funktion amtierte er bereits ab 1. März 1946 und mußte sich in den folgenden zwei Jahren ständigen Anfeindungen durch die Vertreter der „Freien Liste Penk“ stellen, die ab 1. September 1948 als Partei unter dem Namen „Sozialistische Union“ in Worms in Erscheinung trat.⁵³

Unmittelbar nach der Stadtratswahl am 15. September 1946 ließ die Militärregierung am 13. Oktober 1946 auch Kreisversammlungen wählen, die vor Ort bis 1948 sowohl die Stadt als auch den Landkreis Worms umfaßten. Für diese Wahl erhielt die „Freie Liste Penk“ aber keine Zulassung, so daß sie ihre Wähler zu einer Stimmabgabe für SPD oder KPD aufforderte. Die KPD erhielt bei der Wahl zur Kreisversammlung Worms 4 003 Stimmen und damit 2 von 26 Mandaten.⁵⁴

Die Gemeindewahlen am 15. September 1946 und die Kreisversammlungswahlen am 13. Oktober 1946 waren die Voraussetzungen für die „Schaffung eines rheinpfälzischen Landes“, bestehend aus der Pfalz und den Regierungsbezirken Trier, Koblenz, Mainz und Montaubaur, wie es die Militärregierung am 30. August 1946 angeordnet hatte. Zur Erarbeitung eines Landesverfassung wählten am 17. November 1946 die Mitglieder der Kreisversammlungen

⁵² Vgl. Stadtarchiv Ludwigshafen, Nachlaß Herbert Müller, Bestand KPD

⁵³ Vgl. Stadtarchiv Worms, Plakatsammlung zur Kommunalwahl 1946 sowie die Stadtratsprotokolle von 1946 bis 1948. Sehr kurz zur „Sozialistischen Union“ auch Siegfried Heimann: Die Arbeiter-Partei, in Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch, Opladen 1986, S. 378 f.

⁵⁴ Vgl. Stadtarchiv Worms, Plakatsammlung zur Kommunalwahl 1946 sowie Die Rheinpfalz, Jg. 2, Nr. 6

von Rheinland-Hessen-Nassau und der Pfalz, sowie die Mitglieder der Gemeindevertretungen mit mehr als 7 000 Einwohnern in Rheinland-Hessen-Nassau und der Pfalz 127 Mitglieder der Beratenden Landesversammlung nach dem Grundsatz der Verhältniswahl. 1 655 Wahlberechtigte bestimmten auf zwei getrennten Wahlversammlungen in Koblenz und Neustadt 70 Mitglieder der CDU/CDP, 41 Mitglieder der SPD, 9 Mitglieder der KPD (darunter Konrad Lein aus Worms), sowie 5 Mitglieder des Sozialen Volksbundes und 2 Mitglieder der Liberalen Partei. Die Beratende Landesversammlung in Rheinland-Pfalz nahm ihre Tätigkeit am 22. November 1946 im Koblenzer Stadttheater auf. Neben der Verfassungsfrage sollten das Ernährungsproblem und die Entnazifizierung im Mittelpunkt der Debatten stehen. Die BLV war also viel mehr als nur eine Konstituante. Ihre vornehmste Aufgabe aber blieb die Erarbeitung eines Verfassungsentwurfes. In den Debatten betonte Konrad Lein u.a. die Ablehnung der Bekenntnisschule durch seine Fraktion. Da die KPD mit keiner ihrer Forderungen eine Stimmenmehrheit in der BLV erhielt, erklärte sie wie auch die SPD vor der namentlichen Abstimmung über den Gesamtentwurf zur Verfassung für Rheinland-Pfalz dessen Ablehnung.⁵⁵

Der Verfassungsentwurf der BLV stand am 18 Mai 1947 bei der ersten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz zur Abstimmung. Während die KPD in der Stadt Worms 3 289 (15,9%) und im Landkreis 1 662 (9,0%) Wählerstimmen erhielt, wurde die Verfassung entsprechend der Empfehlung von SPD und KPD von 64,2% der Bewohner der Stadt und von 58,4% der Bewohner des Landkreises abgelehnt.⁵⁶

In der Konsequenz der Ablehnung der Verfassung von Rheinland-Pfalz stand die KPD auch der Umsetzung der Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz ablehnend gegenüber. Am 8. August 1948 beschloss der Landesvorstand, alle Parteimitglieder aus den Spruchkammern und Untersuchungsausschüssen zurückzuziehen, da diese sich zu Entlastungsinstitution für Belastete entwickelt hätten. Während die Parteivertreter in den zentralen Funktionen dem Vorstandsbeschuß folgten, waren auf der Ebene der Untersuchungsausschüsse nicht alle Parteimitglieder bereit, ihre materielle Existenz zu Gunsten einer politischen Demonstration zu opfern. Entsprechend erklärte z.B. der Öffentliche Kläger beim Untersuchungsausschuß

⁵⁵ Vgl. Klaas, Helmut: Die Entstehung der Verfassung für Rheinland-Pfalz, Boppard am Rhein 1978

⁵⁶ Vgl. Weitzel (Anm. 44), S.314 ff.

Worms-Stadt, Wilhelm Vogel, genau mit dieser Begründung seinen Austritt aus der KPD. Damit verließ erneut ein seit der Weimarer Republik stadtbekannter Kommunist die Partei.⁵⁷

Trotzdem blieb die KPD bei der Kommunalwahl am 14. November 1948 mit 2 135 (9,1%) Stimmen in Worms stabil und erhielt wieder drei Mandate für Willi Lautenschläger, Else Hagelauer und Friedrich Schmitt. Allerdings erhielt die mit ihr unmittelbar konkurrierende „Sozialistische Union“ 2 984 (12,7%) Stimmen und fünf Abgeordnete, darunter die ehemaligen KPD-Mitglieder Hans Giergerich, Friedrich Penk und Wilhelm Haas. Entsprechend wurde Friedrich Penk im Rahmen einer Koalition SPD-SU zum Ersten Beigeordneten gewählt. Dafür wurde bei der konstituierenden Sitzung des neuen Stadtrats am 15. Dezember 1948 Friedrich Schmitt nicht mehr als Zweiter Bürgermeister bestätigt. In der Folge gab Friedrich Schmitt am 3. März 1949 sein Stadtratmandat zurück und schloß sich kurz darauf wieder der SPD an.⁵⁸

Bei der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 erhielt Friedrich Penk als unabhängiger Kandidat in Worms 3 492 (12,7%) Wählerstimmen, auf den Kandidaten der KPD entfielen 2 594 (9,5%) Stimmen. Während die KPD 1950 mit Hugo Binder, den Vorsitzenden der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden in Rheinland-Pfalz, wegen „mangelnder Streikbereitschaft“ ausschloß, war 1951 die Mehrheit der SU-Mitglieder nicht mehr bereit, die führende Rolle Penks anzuerkennen. Nachdem sich in Worms am 24./25. März 1951 die projugoslawische „Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands“ (UAPD) als bundesweites Sammelbecken ausgetretener oder wegen „Titoismus“ ausgeschlossener KPD-Mitglieder gegründet hatte, erklärte die Mehrheit der Wormser SU sowie vier ihrer fünf Stadträte, darunter Haas und Giergerich, den Beitritt zur neuen Partei. Während Friedrich Penk sich entgegen ursprünglichen Zusagen wegen der „marxistischen Ausrichtung“ nicht der UAPD anschloß, erklärte die SU-Stadträtin Luise Kuhn am 6. April 1951 ihren Beitritt zur KPD. Nach wenigen Tagen verließ sie bereits aber wieder die Partei, da sie nicht bereit war, sich von der KPD gegen ihre ehemaligen Fraktionskollegen instrumentalisieren zu lassen.⁵⁹ Daraufhin schlossen sich Penk und Kuhn im August 1952 der „Freisozialen Union“ (FSU) an, die im September 1950 in Bielefeld mit dem Ziel gegründet worden war, „die Erkenntnisse Silvio Gesells durch

⁵⁷ Vgl. Ordner Worms / Alzey (Akt Wilhelm Vogel) im Antifa-Archiv, Ludwigshafen. Weiterhin Möhler, Rainer: Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992

⁵⁸ Vgl. Stadtarchiv Worms, Stadtratsprotokolle 1948-1952

⁵⁹ Vgl. die Berichterstattung in der Allgemeinen Zeitung zwischen 1949 und 1951 sowie Stadtarchiv Worms, Nachlaß Penk 189/39/9. Sehr kurz zur UAPD auch Siegfried Heimann: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch, Opladen 1986, S. 2371 ff.

eine unabhängige politische Organisation zu verwirklichen“. Friedrich Penk war also wieder zu seinen politischen Ursprüngen zurückgekehrt.⁶⁰

Wie stark das persönliche Ansehen von Friedrich Penk in Worms war, zeigt das Kommunalwahlergebnis vom 9. November 1952. Während die KPD noch 1 730 (5,8 %) Wählerstimmen und zwei Mandate für Wilhelm Lautenschläger und Erwin Ruske erhielt, blieb die UAPD mit ihrem Spitzenkandidaten, Hans Giegerich, bedeutungslos. Dagegen war die FSU nun mit vier Stadträten - darunter wieder Friedrich Penk - vertreten. In einer Koalition mit CDU und FDP wurde Penk zum Dritten Beigeordneten gewählt. Allerdings verliessen am 31. März 1954 zwei Abgeordnete die FSU und schlossen sich am 16. März 1955 der SPD an.⁶¹

Am 17. August 1956 wurde die KPD durch das Bundesverfassungsgericht verboten. Der Einfluß der Partei in Worms war inzwischen so rückläufig, daß nicht einmal mehr ein Parteibüro geschlossen werden mußte. Die beiden kommunistische Stadträte konnten ihre Mandate bis zur Kommunalwahl am 11. November 1956 als Parteilose wahrnehmen. Im Gegensatz zu anderen Städten in Rheinland-Pfalz versuchte die KPD in Worms auch nicht als Wählergruppe eine Wiederkandidatur.⁶² Hingegen erhielt die FSU noch einmal zwei Mandate, darunter wieder für Friedrich Penk. Bei der Kommunalwahl 1960 kandidierte die FSU nicht mehr. Damit endete gleichzeitig auch die eigentliche Geschichte der linken Arbeiteropposition in Worms. Zwar bestand die verbotene KPD zwischen 1956 und 1968 in die Illegalität weiter, konnte aber nach ihrer Wiedezulassung 1968 als „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) in Worms nicht mehr annähernd an ihren alten Einfluß anknüpfen. Noch einflussloser blieben maoistische Gruppen, wie die „Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) und der „Kommunistische Bund Westdeutschlands“ (KBW), die in den Siebziger Jahren an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule in Worms auftraten. Diese sogenannten K-Gruppen traten jedoch schon ohne jede Anbindung zur traditionellen Arbeiterbewegung auf. Gleiches gilt für die Partei „Die Grünen“, die zwar seit 1984 erfolgreich als parlamentarische Kraft auch in Worms in Erscheinung tritt, aber deshalb hier nicht erörtert wird.

⁶⁰ Vgl. Stadtarchiv Worms, Stadtratsprotokoll 1952 sowie Richard Stöss: Die Freisoziale Union, in Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch, Opladen 1986, S. 1397 ff.. Der umfangreiche Artikel ist bemerkenswerter Weise ohne jeden Bezug zu Worms.

⁶¹ Vgl. Stadtarchiv Worms, Stadtratsprotokolle 1952-1956

Fazit: In Worms entwickelte sich rund um die Kommunistische Partei Deutschlands ab 1919 unabhängig von der SPD ein eigenes linksproletarisches Milieu, das in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eine bemerkenswerte Standkraft bewies. Entsprechend konnte die KPD in den Jahren 1945/46 wesentlich die Geschicke der Stadt Worms mitlenken. Ausgehend von einem Wählerpotential von über 20% in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist auch in der Nibelungenstadt der schleichende Niedergang des Kommunismus eng verknüpft mit dem Negativbeispiel der SBZ/DDR, das immer weniger Wähler an die KPD binden konnte. Diese Abkehr von der KPD konnte auch nur noch bedingt durch unabhängige Sozialistische Gruppen aufgefangen werden. Deren Eigendynamik in Worms ist jedoch für die Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bemerkenswert, so daß die Geschichte der Arbeiterbewegung vor Ort eine erstaunliche Sonderrolle einnimmt.

Der Autor: Klaus J. Becker wurde 1963 in Bockenheim geboren. Von 1989 bis 1994 studierte er an der Universität Mannheim Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Neuere Geschichte und Politische Wissenschaft. Seit seinem Studienabschluß als Magister Artium promoviert er mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung über „Die KPD in Rheinland-Pfalz“.

⁶² Die kommunistischen Wählergruppen wurden jedoch fast durchgängig als Nachfolgeorganisationen der KPD verboten, so z.B. in Mainz, Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer, Lambrecht und Kaiserslautern.